

# **Rede von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble anlässlich der Eröffnung des EU-Integrationsministertreffens am 10. Mai 2007 in Potsdam**

Zum Treffen der Integrationsminister der Europäischen Union heiÙe ich Sie in Potsdam herzlich willkommen.

Lassen Sie mich – bevor wir uns heute und morgen den drängenden aktuellen Fragen der Integration von Zuwanderern stellen – kurz zurückschauen auf die mehr als 1.000-jährige Vergangenheit dieses Ortes; ein Ort, der immer wieder im Blickpunkt der wechselvollen deutschen Geschichte stand. Potsdam war die Residenz- und Garnisonstadt preußischer Könige, Hof-, Militär- und Behördenstadt. Mit dem so genannten Tag von Potsdam inszenierten im März 1933 die Nationalsozialisten die Machtübernahme. Hier regelten 1945 die Siegermächte mit dem Potsdamer Abkommen die Nachkriegsordnung Europas.

Potsdam markiert aber auch den Beginn der Zuwanderungspolitik in der modernen Geschichte Deutschlands. In Preußen öffnete vor über 300 Jahren die pragmatische Einwanderungspolitik des GroÙen Kurfürsten das Land für die Hugenotten, die als Glaubensflüchtlinge aus Frankreich kamen. Das „Edikt von Potsdam“ von 1685 sprach nicht nur ein freundliches Asyl aus, sondern enthielt ein ganzes Programm zur Integration der eingewanderten Réfugiés. Insgesamt kamen über 40.000 Hugenotten. In Berlin des 18. Jahrhunderts machten sie ein Viertel der Wohnbevölkerung aus. Die nüchterne Toleranz der Preußen, die Andersgläubige und Ausländer immer gern aufnahmen und so den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes begründeten, spiegelt sich noch heute in der Region wider.

Als kleines Gastgeschenk – es liegt Ihren Unterlagen bei – habe ich ein Faksimile dieses „Edikts von Potsdam“ drucken und binden lassen. Es ist ein historisches Dokument, das daran erinnert, dass erfolgreiche Integration staatliche Rahmenbedingungen braucht.

Heute sind Migration und Integration zu alltäglichen Erfahrungen in unserer globalisierten Welt geworden. Die Welt ist durchlässiger und mannigfaltiger geworden. Das Phänomen großer anhaltender Wanderungsbewegungen wird weiter an Bedeutung gewinnen und die damit einhergehenden Fragen werden uns dauerhaft begleiten. Die Bewegung von Menschen aus einem Land in ein anderes bietet Chancen, ist aber auch eine Herausforderung für die aufnehmenden Gesellschaften wie für die Migranten selbst.

Wenn Migration nicht zum Problem für die innere Toleranz und die Stabilität unserer Freiheitsordnungen werden soll, muss uns die Integration derer, die zu uns kommen, gelingen. Das wird nur als wechselseitiger Prozess gehen. Das ist eine der großen Aufgaben nicht nur der Politik, sondern der freiheitlichen Gesellschaften insgesamt.

Eine Grundvoraussetzung dafür, dass Integration gelingt, ist, dass Zuwanderer unsere gemeinsame Werteordnung akzeptieren und respektieren. Die erfolgreiche Integration hängt entscheidend von der Bereitschaft der Migranten ab, an der Gesellschaft teilzuhaben und das Aufnahmeland zu ihrer Heimat zu machen. Migranten müssen eigene Anstrengungen

unternehmen, sich zu integrieren, die Sprache des Aufenthaltslandes zu lernen, Bildungsabschlüsse zu erwerben. Es wird von Zuwanderern einiges an Integrationsleistungen abverlangt. Wie schon György Konrád, der große ungarische Literat, sagte:

„Der Preis für ein Bleiben heißt Lernen. Ein Einwanderer muss viel lernen: eine Sprache, eine lokale Kultur, ein komplexes System von Rechten und Pflichten.“<sup>1</sup>

Aber auch die Aufnahmegesellschaft ist verantwortlich dafür, die Integration von Zuwanderern zu fördern. Die Aufnahmegesellschaft muss ihnen den Zugang zum Bildungswesen, dem Arbeitsmarkt, öffentlichen Dienstleistungen, politischen Institutionen und den Medien ermöglichen und ihre Teilhabe an diesen Institutionen fördern.

Diese Fragen beschäftigen uns auch auf europäischer Ebene. Die Länder der Europäischen Union stehen ganz überwiegend vor denselben Problemen. Einerseits übt unser Wirtschaftsraum eine große Anziehungskraft auf Zuwanderer aus. Andererseits konkurrieren fast alle europäischen Staaten mit anderen Ländern dieser Welt, allen voran den USA und Kanada, um qualifizierte Arbeitskräfte. Bessere Integrationsperspektiven andernorts führen in vielen Fällen zu einer Entscheidung gegen Europa. Neben quantitativen Faktoren muss sich die Migrationspolitik künftig verstärkt qualitativen Zielen zuwenden.

Einer der Fortschritte in der Integrationsdebatte der letzten Jahre ist, dass wir uns des Zusammenhangs zwischen Zuwanderungsgeschehen und Integration bewusst geworden sind. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, wer zu uns kommt und aus welchem Grund.

Die Migration von Zuwanderern, die wir derzeit in Europa erfahren, erfolgt häufig über enorme kulturelle Trennlinien hinweg. Es ist Aufgabe der Integrationspolitik, zu verhindern, dass die durch Migration bedingte Vielfalt zu einem Auseinanderfallen der Gesellschaft führt. Einerseits wollen wir Zuwanderern ihre kulturelle Identität lassen, andererseits verlangen wir die Bereitschaft, sich den gesellschaftlichen Gegebenheiten anzupassen und unseren Wertvorstellungen und Gesetzen entsprechend zu leben. Dieser Balanceakt zwischen Toleranz und Erwartungshaltung ist nicht immer leicht zu bewältigen.

Diese Ziele müssen sich an der Akzeptanz von Zuwanderern in der Aufnahmegesellschaft ausrichten. Eine erfolgreiche Zuwanderungspolitik muss die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft definieren. Die Integrationsbereitschaft der Bevölkerung ist für die Integration eine *conditio sine qua non*. Und man sollte die Chancen nicht leichtfertig verspielen. Wir müssen daher die richtige Balance finden und öffentliche Hysterie und Übertreibung vermeiden.

Wir müssen uns vor vorschnellen, nur scheinbaren Lösungsmöglichkeiten bewahren. Wir brauchen praktische, realistische Vernunft und Entschiedenheit in der Verfolgung unseres Ziels.

Der europäische Prozess hilft uns auf diesem Weg. Nach außen können wir als Europäische Union gemeinsam sehr viel mehr bewirken als jeder für sich allein. Es ist unser gemeinsames Interesse, dass die Welt nicht aus den Fugen gerät, es ist unser gemeinsames Interesse, dass das Gefälle zwischen Nord und Süd, zwischen arm und reich nicht immer größer wird. Wenn wir eine reelle Aussicht auf Erfolg haben wollen, müssen wir die Kriminalität, die sich mit Migration verbindet, gemeinsam bekämpfen, wir müssen die Fluchtursachen in den Herkunftsländern gemeinsam bekämpfen.

Die europäische Dimension der Integrationsdebatte betrifft nicht nur jeden einzelnen Nationalstaat in West- und Mitteleuropa, sondern auch die Europäische Union als Ganzes. Daher hat sich der Europäische Rat in Thessaloniki im Juni 2003 darauf verständigt, auf europäischer Ebene die Zusammenarbeit im Bereich der Integrationsförderung von Drittstaatsangehörigen auszubauen. Unter niederländischer Ratspräsidentschaft im Jahr 2004 haben wir uns dann in Groningen auf gemeinsame Grundprinzipien für die Integration von Zuwanderern verständigt und schließlich Ende 2005 in den Schlussfolgerungen zur „Gemeinsame Integrationsagenda“ vereinbart, in regelmäßigen Abständen Ministertreffen abzuhalten, um die in Groningen begonnene politische Debatte fortzusetzen.

Unser heutiges Treffen, das sich in drei Themenblöcke gliedert, knüpft an das bisher Erreichte an. Während der erste und zweite Block in unmittelbarem Zusammenhang zur Konferenz in Groningen stehen, werden wir uns morgen im dritten Block vor allem mit Fragen des interkulturellen Dialogs befassen.

Bei der Vorbereitung wurden wir – wie schon die griechische und niederländische Präsidentschaft – kompetent unterstützt vom Migration Policy Institute, dem namhaften US Think Tank für die Themen Migration und Integration.

Schwerpunkt des ersten Blocks „Europäische Ansätze zur Integration von Migranten“ ist die Frage, wie wir die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene verbessern und vertiefen können. Mit welchen Fragen müssen wir uns am dringendsten befassen? Welches sind die Themen für die künftige europäische Zusammenarbeit? Wie spielen Integrations- und Migrationspolitik zusammen, und wie beeinflussen beide Themen die wirtschaftlichen und sozialen Ziele der Europäischen Union? Wie können wir unsere Zusammenarbeit verstetigen, um den künftigen Herausforderungen gerecht zu werden?

Angesichts des globalen Wettbewerbs müssen wir die Chancen erfolgreicher Integrationskonzepte in sozialer wie in wirtschaftlicher Hinsicht begreifen und nutzen. Über 40 Millionen Drittstaatsangehörige leben heute in der Europäischen Union. Die Zahl ihrer Nachkommen ist um ein Vielfaches höher. Der Erfolg dieser Menschen bei uns ist – abhängig von ihrer Herkunft, ihrer Ausbildung, ihres Geschlechts und ihres Wohnortes – sehr unterschiedlich. In den entscheidenden Lebensbereichen bleiben Leistung und Erfolg der Migranten und ihrer Nachkommen hinter der einheimischen Bevölkerung zurück: Ihr Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung und ihre schulische Entwicklung liegen deutlich unter dem Durchschnitt.

Wir müssen den Menschen mit Migrationshintergrund vermitteln, dass wir ihre Integration wollen, aber dass ihre Integration auch notwendig ist, wenn sie auf Dauer hier leben wollen. Hier liegt die eigentliche Aufgabe der Politik für die kommenden Jahre.

Auf europäischer Ebene haben wir uns auf einen Informations- und Erfahrungsaustausch verständigt. Die Kernfrage hier lautet: Was ist – über diesen Austausch hinaus – an gemeinsamen europäischen Ansätzen möglich?

Am späteren Nachmittag schließt sich der zweite Themenblock „Austausch über bewährte nationale Praktiken und Lösungen“ an.

Nach geltendem Gemeinschaftsrecht liegt die Integrationspolitik in erster Linie in nationaler Zuständigkeit. Es geht bei der Integration um die Einbindung von Menschen in örtliche und regionale Strukturen. Und die sind in Europa unterschiedlich verfasst – was kein Nachteil,

sondern ein Reichtum Europas ist. Deshalb haben wir uns 2005 darauf verständigt, uns regelmäßig zu treffen, um uns über unsere nationalen Erfahrungen, aber auch transnationale Projekte auszutauschen.

Viele Mitgliedstaaten haben in letzter Zeit nationale Integrationspläne und -strategien entwickelt, und manche haben mit anderen Regierungen Gemeinschaftsinitiativen ins Leben gerufen, so wie die europäische Konferenz zum Thema „Aktive Teilhabe von Jugendlichen aus ethnischen Minderheiten an der Gesellschaft“, die im September 2006 in Kopenhagen stattgefunden hat.

Die Europäische Kommission wurde beauftragt, eine Reihe von Instrumenten zur Unterstützung der Mitgliedstaaten zu entwickeln. Zu nennen ist hier vor allem der Integrationsfonds, aber auch der erste Jahresbericht zu Migration und Integration, eine neue Website zum Thema Integration, das vorgeschlagene Integrationsforum sowie das Handbuch Integration, das auf Best Practices-Seminaren der Mitgliedstaaten beruht und dessen zweite Ausgabe die Kommission heute vorstellen wird.

Sie alle sind eingeladen, über Ihre nationalen Prioritäten zu berichten und aktuelle Initiativen vorzustellen.

Im dritten Block wird es um den interkulturellen Dialog gehen. Europa ist in den letzten 50 Jahren zum Ziel weltweiter Zuwanderung geworden. Seine Metropolen sind durch kulturelle, ethnische und religiöse Vielfalt gekennzeichnet. Millionen von Menschen verschiedener Herkunft und verschiedenen Glaubens leben hier seit Jahrzehnten auf engem Raum friedlich zusammen. Mitunter treten jedoch auch Konflikte auf, die aus unterschiedlichen Glaubensauffassungen, Wertevorstellungen oder Traditionen resultieren.

Viele Mitgliedstaaten haben seit einigen Jahren begonnen, einen interkulturellen Dialog – insbesondere mit Vertretern der muslimischen Gemeinden – auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu führen. Das gemeinsame Anliegen dieser Bemühungen ist es, das Zusammenleben der Bürger in Europa zu verbessern. Die Niederlande, Frankreich, Großbritannien, Italien, um nur einige Beispiele zu nennen, alle haben sie einen eigenen, Erfolg versprechenden Weg eingeschlagen.

Auch Deutschland hat mit der Deutschen Islam Konferenz im September 2006 eine eigene Initiative gestartet. Eine Broschüre, die Sie über die Ausgangssituation, die Ziele und die Organisation der Deutschen Islam Konferenz informiert, liegt aus.

In Deutschland leben etwa 3,4 Millionen Menschen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern, insbesondere aus der Türkei. Die Deutsche Islam Konferenz setzt sich aus 15 Vertretern der in Deutschland lebenden Muslime und 15 Vertretern aller staatlichen Ebenen zusammen. Für uns geht es in der Deutschen Islam Konferenz vor allem um Fragen der wechselseitigen Akzeptanz, der religiösen Praxis, aber auch der uneingeschränkten Anerkennung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Schon jetzt – das hat die zweite Plenarsitzung der Islamkonferenz am Mittwoch vergangener Woche trotz vieler Kontroversen deutlich gezeigt – erleben wir eine vorsichtige Annäherung: Das betrifft etwa die Frage, welcher Stellenwert Religion in einer freiheitlichen und säkularen politischen Ordnung zukommt. Einig sind wir uns auch darin, dass die Medien einen Beitrag zum Abbau von Ängsten und zu mehr Bewusstsein für die Vielfalt muslimischen Lebens in unserer Gesellschaft leisten können.

Sicherlich haben Sie mit Ihren Dialogen ähnlich Erfahrungen gemacht: So vielfältig die Geschichte der Zuwanderung durch die Jahrhunderte verlaufen ist, so unterschiedlich die kulturellen und sozialen Identitäten der in Europa lebenden Menschen sind, so stehen wir doch häufig vor den gleichen Herausforderungen.

Es ist für uns alle von großem Interesse, welche Dialogformen die anderen Mitgliedsstaaten gewählt haben und welche Strategien erfolgreich sind. Ich plädiere daher dafür, dass wir künftig in diesen Fragen voneinander lernen und dem interkulturellen Dialog auch eine europäische Dimension verleihen. Wir sollten uns regelmäßig über die Fortschritte im eigenen Land auf dem Laufenden halten und versuchen, aktuelle Probleme gemeinsam zu lösen.

Bevor wir uns morgen darüber unterhalten, wie die einzelnen Mitgliedsstaaten mit den Chancen und Herausforderungen der kulturellen Pluralität umgehen, freue ich mich, Ihnen als Key-Note-Speaker den Schriftsteller Amin Maalouf anzukündigen. Amin Maalouf stammt aus dem Libanon und lebt seit 1976 in Paris. Er beschäftigt sich in seinen zahlreichen Romanen mit dem Aufeinandertreffen verschiedener Ethnien und Religionen in der Geschichte. Wir sind alle schon sehr gespannt auf seine Einführung.

Ich will die Gelegenheit nutzen, an dieser Stelle auch der Europäischen Kommission für ihr Engagement zu danken. So hat die Kommission im Jahr 2005 die Mitteilung „Eine gemeinsame Integrationsagenda - Ein Rahmen für die Integration von Drittstaatsangehörigen in die Europäische Union“ verfasst; den Integrationsfonds, das Handbuch Integration und die anderen wertvollen Instrumente zur Unterstützung der Mitgliedstaaten habe ich bereits erwähnt. Ich freue mich daher, nun das Wort an Herrn Vizepräsidenten Frattini abzugeben.

<sup>1</sup> G. Konrad, Immigration – Wer darf bleiben?, Vortrag in der Akademie der Künste am 23.04.2003.